

SPD: Vorwürfe gegen Pusch und Dieder

Heinsberger Rat beschließt zum Ausgleich des Fehlbetrages im Wirtschaftsplan des Trägervereins Museum Heinsberg weitere Mittel

VON ANNA PETRA THOMAS

Heinsberg. Wie zuvor der Kreistag hat jetzt auch der Heinsberger Stadtrat beschlossen, zum Ausgleich des Fehlbetrages im Wirtschaftsplan des Trägervereins Museum Heinsberg für das Jahr 2014 zusätzliche Mittel in Höhe von einmalig 55 000 Euro bereitzustellen. Mit Ja stimmten die CDU, die FDP und die Freien Wähler sowie zwei Fraktionsmitglieder von Bündnis 90/Die Grünen. Die SPD und die übrigen Grünen-Stadtverordneten stimmten dagegen.

Über diesen Vorschlag der Verwaltung hinaus hatte Walter Leo Schreinemacher von den Freien Wählern (FW) angeregt, den Beschluss zu erweitern und inhaltlich dem Beschluss des Kreistages anzupassen. So wurde gleichfalls beschlossen, dass finanzielle Verbesserungen jeweils hälftig die Zahlungsverpflichtungen von Kreis und Stadt verringern. Zudem wird jetzt auch mit Beschluss des Stadtrates das Finanzvolumen von Kreis und Stadt für die Jahre 2015 bis 2018 auf jeweils 75 000 Euro gedeckelt. Schließlich soll der Trägerverein auch im Stadtrat jährlich über die finanzielle Entwicklung berichten.

Kein Verständnis

Vorausgegangen war dieser Abstimmung eine Debatte, in der vor allem die SPD-Fraktion heftige Vorwürfe gegenüber Landrat Stephan Pusch und Bürgermeister Wolfgang Dieder erhob. Ralf Herberg zitierte dabei zunächst einen Artikel unserer Zeitung, der über einen Monat vor der Stadtratssitzung erschienen war und in dem Landrat Stephan Pusch von Signalen des Bürgermeisters an ihn sprach, dass der Kompromiss von der Stadt Heinsberg mitgetragen werde.

„Meine geschätzten Mitbürgerinnen und Mitbürger, wofür sitzen wir noch hier, wenn unter der Hand schon alles geregelt ist?“, empörte sich Herberg. „Sind das hier noch demokratische Verhaltensweisen?“ Kultur sei wichtig und müsse auch finanziell unterstützt werden, das stehe außer Frage, fuhr der SPD-Mann fort. Aber der Beschlussvorschlag zum Ausgleich des Fehlbetrags sei auf keinen Fall in Ordnung. „Über Jahre hinweg wurde anscheinend nicht richtig hingeguckt, verzögert und verschleiert“, erklärte Herberg. Und wenn der Landrat in diesem Zusammenhang von „Blauäugigkeit“ spreche, empfinde die SPD-Fraktion das als Frechheit. Blauäugig sei vielmehr zu glauben, dass der Bürger für so etwas Verständnis habe, wenn zugleich Freibäder, Feuerwehr-Gerätehäuser und Schulstandorte zu teuer seien. Wenn in einem Verein Misswirtschaft betrieben werde, dann hafte



Die Kostenkalkulation für das Begas-Haus war keine Glanzleistung, aber das Museum setzt dennoch einen Glanzpunkt in der Region.

Foto: anna

der geschäftsführende Vorstand. Der Trägerverein Museum Heinsberg sei ebenfalls ein Verein. Vorsitzender ist der Landrat, sein Stellvertreter der Heinsberger Bürgermeister. Bei einem anderen Verein käme auch keine Stadt Heinsberg, um die Schieflage des Vereins aufzufangen, so Herberg weiter.

Noch im September habe der CDU-Ratsherr Guido Rütten in der gemeinsamen Sitzung der Schul- und Kulturausschüsse von Kreis und Stadt erklärt, dies in Heinsberg

niemandem erklären zu können. An Rütten gewandt fuhr er fort: „Erklären Sie doch einmal dem Bürger, dass es nicht nur die 55 000 Euro Einmalzahlung sind, sondern auch die Mietaufschlag für das Haus Lennartz. Zudem werde der Beitrag des Kreises durch die Kreisumlage anteilig auch wieder von der Stadt bezahlt. Und auch am Gehalt der Museumsleiterin, das zwar der Kreis zahle, sei die Stadt über die Kreisumlage wieder beteiligt.“

Die Kassen seien leer. Anfang

Dezember erst habe der Schul- und Kulturausschuss einstimmig beschlossen, keine Sonderzahlungen mehr an Vereine der Stadt zu leisten. „Das gilt unseres Erachtens auch für den Trägerverein Museum Heinsberg.“ Im Vorfeld der Sitzung hätte er sich zumindest eine lückenlose Aufklärung der „Vorfälle“ gewünscht, die zum Minus geführt hätten und dazu eine Prüfung, wie das Minus ohne den Zuschuss hätte ausgeglichen werden können. Schließlich hätte

Herberg personelle Konsequenzen beim Vereinsvorsitzenden, also beim Landrat, erwartet.

Sein Parteikollege Jochen Lintzen wurde im Verlauf der Debatte noch deutlicher: „Die Vereine sind hier das Rückgrat der Kultur und kein Begas-Haus“, sagte er. „Und wenn der Landrat drei Jahre lang nicht in der Lage ist, es zu führen, dann muss er seinen Hut nehmen.“ Alle Möglichkeiten, das Minus zu vermindern, sind nicht ausgeschöpft, „und der Vorsitzende darf weiterwurschteln, das ist untragbar!“

Eine „unrühmliche Rolle“ des Landrats prangerte auch Schreinemacher an, bevor er den erweiterten Beschlussvorschlag anregte. Dass eine Rückzahlung der Zuschüsse anstehen könne, wenn man das Begas-Haus „sterben“ lasse, darüber dachte er ebenfalls laut nach. Sein FW-Kollege Sascha Mattern hatte errechnet, dass der Verein derzeit für jeden Besucher rund 50 Euro zahle.

Die Einrichtung Begas-Haus müsse aber für die Zukunft gerettet werden, stellte sich Herbert Eßer (CDU) hinter den Beschlussvorschlag. Allerdings habe man früher über die „davon galoppierenden Kosten“ informiert werden müssen, mahnte Wilfried Louis (CDU) an. Mit Blick auf die Schließung von Freibädern und Schulen sei es schwierig, dem zuzustimmen, betonte Willi Mispelbaum (Bündnis 90/Die Grünen), aber er werde zustimmen. Populistische Äußerungen seien nicht angebracht, mahnte David Stolz (FDP) und wertete den Beschlussvorschlag für seine Fraktion als „guten Kompromiss“.

KOMMENTAR



Begas-Haus ein Dokument des Geistes

Von bitteren Wahrheiten für die SPD und der Frage nach der Kultur

► RAINER HERWARTZ

Manchmal sind die Herrschaften von der sozialdemokratischen Partei aber auch überempfindlich. „Völker, hört die Signale“ ist doch schließlich ein wesentlicher Bestandteil der Internationalen, dem weltweit am weitesten verbreiteten Kampflied der sozialistischen Arbeiterbewegung. Wenn nun aber der Heinsberger Bürgermeister schon vor der Ratssitzung „Signale“ an den Landrat sendet, dass die Stadt wohl einen Kompromiss in Sachen Begas-Haus mittragen werde, ist der Aufschrei laut. Ob es sich denn hier überhaupt noch um „demokratische Verhaltensweisen“ handele, wird

gefragt. Liebe Damen und Herren der Genossenschaft, Sie müssen leider an dieser Stelle noch einmal an die für Sie bittere Wahrheit erinnert werden, dass die CDU im Rat der Stadt Heinsberg die absolute Mehrheit stellt. Und der Bürgermeister ist per Parteibuch letztlich einer von ihr. Das Abstimmungsverhalten seiner Parteifreunde zu bestimmten Themen im Vorfeld auszuloten, dürfte da eher nicht dem Kreis hochspekulativer Kaffeesatzleserei zuzuordnen sein. Und nun noch eine Anmerkung zu der sozialdemokratischen Feststellung „Die Vereine sind hier

das Rückgrat der Kultur und kein Begas-Haus“. Selbstverständlich sind die Vereine in jedweder Form ein Spiegelbild der menschlichen Kultur. Doch die Kultur lediglich darauf zu beschränken, wäre doch recht schlicht. Selbst wenn ein Begas-Haus niemals auch nur annähernd den Besucherstrom eines nahezu x-beliebigen Fußballspiels erzielen dürfte, so steht es dennoch und gerade als ein unverzichtbares Dokument von menschlichem Geist und Schaffenskraft da. Eine solche Stätte in ihrer Stadt zu wissen, darauf sollten alle Heinsberger stolz sein.

► r.herwartz@zeitungsverlag-aachen.de